

SPD RATHAUS-DEPESCHE

AUSGABE NR. 164

JANUAR 2018

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

ich wünsche Ihnen allen ein gesundes neues Jahr 2018 und hoffe, Sie gehen gestärkt nach einigen hoffentlich ruhigen Festtagen in das neue Jahr mit all seinen Aufgaben und neuen Anforderungen, die auf uns zukommen werden.

Im Bund werden wir hoffentlich bald wieder geordnete Regierungsverhältnisse haben, die Zeit der geschäftsführenden Regierung hat auch Auswirkungen auf unsere Arbeit in den Kommunen. Wir warten beispielsweise auf die konkrete Ausgestaltung des Förderprogramms, das im Rahmen des Nationalen Forums Diesel erarbeitet werden soll. Wir wollen natürlich, dass in Nürnberg die Grenzüberschreitungen von Stickoxid reduziert werden. Dazu erarbeiten wir einen Masterplan und stehen dann bereit, um möglichst Fahrverbote verhindern zu können.

Im Jahr 2018 wollen wir außerdem weiter an unserer Kulturhauptstadtbewerbung arbeiten, es soll nun konkreter

werden, wir wollen mit kleinen Appetithäppchen Lust auf Kulturhauptstadt machen – lassen Sie sich überraschen und bringen Sie sich mit Ihren Ideen und Vorstellungen auch aktiv ein.

Weitere große Themen aus dem Jahr 2017 werden uns natürlich auch 2018 begleiten: Wir werden bauen, Wohnungen natürlich, aber auch Schulen und Kindertagesstätten, wir werden weiter am Ausbau des ÖPNV arbeiten, auch große Straßenbauprojekte wie der Ersatzbau der Hafenbrücken werfen ihre Schatten voraus. Wir freuen uns auf ein Jahr mit vielen kommunalpolitischen Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen wollen – lassen Sie uns im Gespräch bleiben.

Ihre



Dr. Anja Pröiß-Kammerer
Fraktionsvorsitzende



HAUSHALT 2018 MIT BREITER MEHRHEIT BESCHLOSSEN

Schwerpunkte des Haushalts für 2018 bilden die Investitionen in die Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur unserer Stadt: in Schulen, Kitas, Brücken, ÖPNV, Straßen und Kultur. Das Investitionsvolumen steigt im Vergleich zum Vorjahr nochmal an, auf nun gut 170 Mio. Euro, die allein die Stadt im Jahr 2018 aufbringen wird. Neu im mittelfristigen Investitionsplan für die nächsten vier Jahre hinzugekommen sind zum Beispiel Maßnahmen aus dem Schulbereich wie die neue Mittelschule in Maiach, der Kinderhort Weitingen Straße und die weitere Sanierung des Künstlerhauses, daneben Brücken wie die Hügelsstraße über den Kanal, die Konrad-Adenauer-Brücke oder die Brücke Rothenburger Straße – alles große und teure Maßnahmen. Weiter finden sich u.a. der Franken-

schnellweg, die Grundschule und Hort Thoner Espan, der Neubau der Bertolt-Brecht-Schule und der Weiterbau der U3 bis nach Gebersdorf im Investitionsplan für die nächsten vier Jahre. Aufgrund der ergriffenen



Anja Pröiß-Kammerer bei der Rede zum Haushalt 2018.

Maßnahmen, wie dem 20-Mio.-Euro-Sparpaket und der Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer, sinkt die

Neuverschuldung im Jahr 2018 gegenüber 2017 um 20 Mio. Euro. Es bleibt zwar eine geplante Neuverschuldung von 35 Mio. Euro. Wichtig ist aber: Der Verwaltungshaushalt ist gesund und geordnet, im Ergebnis zeigt sich hier für 2018 ein Plus von 28 Mio. Euro. Dass dieses Polster trotzdem nicht für alle Investitionen reicht und es eine Neuverschuldung geben muss, spiegelt also das riesige Investitionsvolumen der Stadt wider und keineswegs ein „Über-die-Verhältnisse-Leben“.

Im ebenfalls beschlossenen Stellenpaket sind vor allem eine Reihe von Stellen zu finden, die sich aus der Umsetzung von neuen gesetzlichen Regelungen ergeben, die auf anderen politischen Ebenen gefällt wurden. Zu nennen sind hier u.a. die Stellen zum Prostituiertenschutzgesetz (**weiter auf Seite 2**)

(Fortsetzung von Seite 1) oder auch beim Unterhaltsvorschuss. Hier sollte aus unserer Sicht gelten: „Wer anschafft muss auch zahlen“, deshalb fordern wir eine stärkere Unterstützung von Bund und Ländern dafür. Aber auch die 12 Stellen für unseren neuen kommunalen Außendienst, einige Stellen zur Verstärkung der Kapazitäten im Baubereich und begleitend auch im Umweltbereich sind dazugekommen. Diese legen aus unserer Sicht aber die Basis, um das ehrgeizige Investitionsprogramm auch umsetzen zu können und sind damit unbedingt notwendig. Entsprechend hatten wir bereits unterjährig gefordert alles zu tun, um Baugenehmigungen zu beschleunigen und dafür ggf. auch Stellenkapazitäten zu schaffen.

Schwerpunkt

„Qualitätsinitiative gute Pflege“

In einem weitreichenden Antrag setzten wir uns neben der Schaf-

fung einer zusätzlichen Stelle für die Heimaufsicht dafür ein, dass Nürnberger Qualitätsstandards für „Gute Pflege“ im Dialog mit den Trägern und Einrichtungen entwickelt werden. Darüber hinaus soll mit einem Nürnberger Pflegepreis das Engagement vieler Kräfte in der Pflege stärker gewürdigt werden.

Gemeinsam die Natur im Blick

Bei den Haushaltsberatungen setzte die SPD-Fraktion zusammen mit der Grünen Stadtratsfraktion Nürnberg und der CSU Stadtratsfraktion Nürnberg außerdem durch, dass die Biodiversität stärker in den Blick genommen wird: 10.000 Euro für Projekte und Initiativen des Nürnberger Bündnisses für Biodiversität und die Entwicklung einer langfristigen Strategie sollen die Vielfalt der Arten und Lebensräume auch in Nürnberg schützen. Dies ist nötiger denn je: Erst kürzlich hatte eine Studie be-

legt, dass die Insektenpopulation in Deutschland in den letzten 25 Jahren um 75% gesunken ist. Angesichts der gestiegenen Bautätigkeit in der Stadt und des damit verbundenen stärkeren Verlusts an naturnahem Freiraum soll die Verwaltung außerdem den veränderten Bedarf zur Pflege von Biotop- und Ausgleichsflächen im städtischen Eigentum z. B. durch den Landschaftspflegeverband darstellen.

Initiative für den Einzelhandel

Im Bereich der Wirtschaftspolitik für Nürnberg schlagen wir vor, die Aktivitäten der Stadt zur Stärkung des Einzelhandels in einer Clusterinitiative zusammenzuführen. Ziel soll es sein, Handlungsansätze zusammenzuführen, zu koordinieren und eine Weiterentwicklung des derzeitigen City Managements auf den Weg zu bringen.



Weitere Informationen: Dr. Anja Pröll-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de

WOHNUNGSLEERSTAND UND TEMPORÄRE VERMIETUNGEN

Bezahlbarer Wohnraum ist eines der wichtigsten kommunalpolitischen Themen in dieser Stadt. Trotz intensiver und durchaus erfolgreicher Bemühungen, die Zahl fertiggestellter Wohnungen nach oben zu führen, bleibt der Wohnungsmarkt insgesamt angespannt. Immer wieder werden wir von Bürgerinnen und Bürgern und auch vom Mieterbund darauf hingewiesen, dass Wohnungen und teilweise ganze Häuser leer stehen und so dem Wohnungsmarkt entzogen werden. Auch die Vermietung von Zimmern bzw. Wohnungen an Touristen, z.B. über die Internetplattform Airbnb, ist Gegenstand von Diskussionen um den Wohnungsmarkt. Allerdings ist uns derzeit nicht bekannt, in welcher Größenordnung leerstehende Wohnungen in Nürnberg und die Vermietung von Wohnungen an Touristen

überhaupt Einfluss auf den Wohnungsmarkt haben. Hinzu kommt,



Ob Wohnungen auch wegen zunehmender Vermietung als Ferienwohnungen dem Mietmarkt entzogen werden, will ein SPD-Antrag herausfinden.

dass offenbar manchen Vermietern auch nicht bewusst ist, dass bei einer dauerhaften Vermietung von Zimmern bzw. Wohnungen an Touristen

diese Vermietungen steuer- und baurechtliche Erfordernisse erfüllen müssen.

Vor diesem Hintergrund haben wir beantragt, die Situation in Nürnberg genauer zu analysieren. Auf dieser Basis soll die Verwaltung Vorschläge machen, wie leerstehende Wohnungen bzw. Häuser wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden können. Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Internetportal einrichten, in dem leerstehende Wohnungen bzw. Häuser gemeldet werden können, wie es z.B. in Stuttgart seit 2016 erfolgreich umgesetzt wird.

Ergänzend soll es eine Informationskampagne zu den steuer- und baurechtlichen Erfordernissen bei Ferienvermietungen geben.



Weitere Informationen: Fabian Meissner, Gerald Raschke; spd@stadt.nuernberg.de

RUSSISCHSPRACHIGE COMMUNITY IM GESPRÄCH MIT DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Ende November lud die SPD-Stadtratsfraktion Vertreterinnen und Vertreter der russischsprachigen Vereine und Institutionen zum Austausch ins Rathaus. Sie setzte damit die Gesprächsreihe mit den Vertretern von Zugewanderten fort – zuletzt hatte es bereits einen Austausch mit den türkischen und afrikanischen Communities gegeben. Viele der Gäste kamen bei der Gelegenheit zum ersten Mal ins Rathaus. Begrüßt wurden sie vom Oberbürgermeister Uli Maly, der betonte, dass es „wichtig ist, dass wir uns auf die Vielfalt einlassen, lernen Konflikte zu lösen und das Mitgebrachte zu respektieren“.

Im Zentrum des Abends standen die sozialen Themen – Wohnungsmangel, Altersarmut und Schwierigkeiten bei der Anerkennung der mitgebrachten Qualifikationen. Eine große Rolle spielte auch das Thema der russischen Renten.

Vor allem von der SPD erwarten sich die Menschen hier Unterstützung und hoffen, dass sie gehört wer-



Diana Liberova beim Empfang der Vertreterinnen und Vertreter der russischsprachigen Communities in Nürnberg.

den. Sie machten unter anderem die Ängste um die Zukunft verantwortlich für den Aufstieg von radikalen Parteien. Die Vertreter der über 35.000 in Nürnberg lebenden Menschen mit den Wurzeln in den GUS-Staaten erzählten von Schulproblemen und dem Fehlen der Anlaufstellen für ihre Fragen. Die Fraktions-

vorsitzende Anja Pröß-Kammerer versprach sich die Probleme genau anzuschauen und bei weiteren Treffen einen Austausch mit den Zuständigen der Stadtverwaltung zu organisieren.

Nach dem offiziellen Teil, welcher über zwei Stunden von Fragen und Antworten geprägt war, ging es noch zum gemütlichen Teil über, bei dem auch neue Kontakte geknüpft werden konnten. Der Austausch zeigte, dass es viele Themen

gibt, die diese Bevölkerungsgruppe besonders bewegen. So verständigte man sich auch darauf, solche Treffen öfter zu organisieren, einerseits um die Bedürfnisse der russischsprachigen Community besser zu erkennen, aber auch, um unsere Politik für diese Menschen zugänglicher zu machen.



Weitere Informationen: Diana Liberova, integrationspolitische Sprecherin; spd@stadt.nuernberg.de

VORLÄUFIGES AUS FÜR DIE STADTBAHN NACH KORNBURG

Eine Stadtbahn nach Kornburg wird vorerst nicht fahren. Leider muss die Stadt Nürnberg ihre Pläne ad acta legen, da Nutzen und Kosten in keinem angemessenen Verhältnis stehen. Das hat die nun abgeschlossene Machbarkeitsstudie ergeben.

Die SPD-Stadtratsfraktion bedauert dieses Ergebnis sehr und hätte sich gerne einen anderen Ausgang gewünscht. Aber unter den gegebenen Umständen erhält die Stadt Nürnberg keinerlei finanzielle Förderung und das macht eine Realisierung faktisch unmöglich.

Hier müssen einmal mehr die hohen Hürden des Bundes zum Ausbau des



öffentlichen Personennahverkehrs kritisiert werden. An diesen Hürden ist nicht nur die Stadtbahn nach

Kornburg gescheitert, sondern auch die U-Bahn-Verlängerungen nach Stein sowie Eibach und die Durchbindung der Gräfenbergbahn mit der Rangaubahn vom Nordostbahnhof nach Fürth.

Um Menschen für den Umstieg auf Bus und Bahn zu gewinnen fordert deshalb die Rathaus-SPD von der

Berliner Politik mehr Geld und vor allem ein Umdenken. Insbesondere die Förder-Kriterien müssen auf den

Prüfstand. Einer wachsenden Metropole mit steigender Bevölkerungszahl wie Nürnberg darf der Bund nicht die Möglichkeiten verbauen, U- und Straßenbahnnetz angemessen auszubauen und damit ihre Luft- und Lebensqualität zu verbessern. Gerade eine Stadtbahn in den Süden wäre für viele Pendler eine

attraktive Alternative zum Auto. Die Straßenbahn hätte die Stadtteile im Süden nennenswert aufgewertet und wäre ein wichtiger Baustein für nachhaltige Mobilität gewesen. Nun gilt es wenigstens das Busnetz weiter zu optimieren, denn hier gibt es noch Verbesserungspotential.

Für richtig hält es SPD-Fraktion, dass die Stadtverwaltung die Trasse sichern will, denn durch die vielen Wohnbautätigkeiten im Süden verändern sich vielleicht die Rahmenbedingungen doch noch zugunsten des Schienenprojekts.

Weitere Informationen: Thorsten Brehm, Harald Dix, Gerald Raschke; spd@stadt.nuernberg.de

SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Aus den Stadtteilen

GOSTENHOF, ALTSTADT

Der mit Bürgerbeteiligung neu gestaltete Kontumazgarten wurde kürzlich von Bürgermeister Christian Vogel eröffnet. Radfahrer wie Fußgänger gelangen nun durch den neuen Tunnel auf direktem Weg vom Kontumazgarten in Gostenhof zum Kreuzgassenviertel der Altstadt. Weitere Highlights, die wohl erst im Frühjahr voll zur Geltung kommen: Der neue Spielplatz mit Schaukel auch für Erwachsene, die Stufenanlage zur Pegnitz und die Parkour-Anlage für die Sportlichen unter uns.

ALTSTADT, GALGENHOF

Ebenfalls eröffnet wurde der neu gestaltete Bahnhofsvorplatz. Rund um die Straßenbahn-Verkehrinsel sind Rad- und Gehwege geschaffen und erneuert worden, es wurden Zugänge barrierefrei umgestaltet, der Bahnhofsvorplatz mit neuen Gehwegplatten versehen und zusätzliche Fußgängerampeln installiert.

STEINBÜHL, GALGENHOF, GIBITZENHOF

Nach einer Aufwertung des Kopernikusplatzes mit seinen schönen alten Bäumen hatte ein SPD-Antrag

2015 gefragt. Inzwischen wurden die Pflanzflächen von Unrat und Sträuchern befreit und mit niedrigen Gehölzern, Bodendeckern und Zwiebelpflanzen neu angelegt sowie die Sitzbänke erneuert. Mit der Entwicklung des ehemaligen Kaufhofs am Aufseßplatz bestehen möglicherweise auch Chancen den Kopernikusplatzes weiter aufzuwerten.

Aus dem Stadtrat

BÜNDNIS FÜR SEELISCHE GESUNDHEIT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion setzt sich ein Bündnis aus Klinikum, Stadt, Polizei und Arbeitskreis Kinder psychisch kranker Eltern für Kinder und Jugendliche mit seelischen Erkrankungen ein. Ziel des Bündnisses ist es, für die Betroffenen schneller die bestmögliche Hilfe zu finden. Zugleich soll für das Thema „psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ sensibilisiert werden, um damit einer Stigmatisierung entgegenzuwirken.

SPD-FRAKTION FREUT SICH ÜBER ZUWACHS BEIM CARSHARING

Die Verwaltung hat auf Nachfrage der SPD-Fraktion über die Entwicklung der Mobilitätsstationen und

des Car-Sharings in Nürnberg berichtet und ein Konzept zum weiteren Ausbau der seit Ende 2016 betriebenen acht Stationen vorgelegt. Aufgrund der steigenden Nutzung werden noch bis Ende 2018 20 neue Car-Sharing-Stationen in Betrieb gehen, weitere 30 Mobilitätsstationen sind in Planung. In diesem Zusammenhang fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag außerdem eine mögliche Weiterentwicklung der Mobilitätsstationen vor der nächsten Ausbaustufe zu eruieren. Unter anderem soll eine bessere Kennzeichnung und Sicherung der Stellplätze für das Car-Sharing geprüft werden.

RATHAUS-SPD BEGRÜSST FUSSGÄNGERINSEL AM THUMENBERGER WEG

Aufgrund eines Antrags der SPD-Stadtratsfraktion hat die Verwaltung die Planung einer Querungshilfe für Fußgänger am Thumenberger Weg vorgestellt. Die nun vorliegende Verkehrsplanung ist vor allem auch ein wichtiger Schritt in Richtung Schulwegsicherheit für die Kinder, die die Gebrüder Grimm- oder die Rudolf Steiner-Schule besuchen. Leider folgt die Umsetzung nicht vor 2019.